

Antwort der Linkspartei.PDS auf die Fragen des Bündnis Tierrechte – Tie-re

- 1. Wie wird sich Ihre Partei für die Beendigung der Käfighaltung für Legehennen ab 01.01.2007 einsetzen?*

Antwort: Unserer Meinung nach ist die Käfighaltung von Legehennen unakzeptabel. Deshalb werden wir uns weiter für die jetzt verabschiedeten Regelungen einsetzen, eine EU-Regelung, welche die Wiedermöglichkeit von Hühnerkäfigen, d.h. „Kleinvolieren“ will, lehnen wir ab.

Ganz konkret werden wir uns mit den Landwirtschaftspolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktionen der Linkspartei.PDS beraten, welche Initiativen unsererseits in die Wege geleitet werden können, um die Beendigung der Käfighaltung zum 1.1.2007 durchzusetzen. Auch werden, wenn die Linkspartei.PDS als Fraktion in den Bundestag einzieht, gezielt Fragen zu der Problematik erarbeitet und eingebracht werden.

- 2. Wird Ihre Partei das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände unterstützen und ggf. voranbringen?*

Antwort: Tierschutz hat nicht nur eine ethisch-moralische Dimension, sondern dient gleichzeitig dem Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt. Durch die gegenwärtigen ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen werden nicht nur den Tieren, sondern in zunehmendem Maße auch den Menschen Lebensräume und damit die natürlichen Lebensbedingungen entzogen.

Die Forderung der Tierschutzverbände und einer immer größeren Mehrheit der Bevölkerung nach einer Verankerung des Tierschutzes in der Verfassung ist inzwischen umgesetzt. (Die PDS brachte dazu in der 13. Legislaturperiode einen eigenen Antrag ein.) Mit der Aufnahme des Tierschutzes in den Artikel 20a des Grundgesetzes wird eine Abwägung mit Art. 5 eingeführt. Dies verpflichtet dazu, dem Tierschutz zu einem möglichst hohen Stellenwert in unserem Rechts- und Wertesystem zu verhelfen. Aufgabe für die Zukunft wird sein, in der Gesetzgebung das Staatsziel Tierschutz näher zu konkretisieren. Als Beispiel seien die Tierhaltung und Tierversuche genannt.

Dazu gehört für die Linkspartei.PDS auch das Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände.

Wir sind gerne bereit, einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag ins Parlament einzubringen.

- 3. Wie steht Ihre Partei zur tierversuchsfreien Forschung bzw. welchen Etat würde sie dafür zur Verfügung stellen?*

Antwort: Der Tierschutzbericht der Bundesregierung für das Jahr 2005 weist 2,1 Millionen Tiere in Versuchen auf nationaler Ebene und 10,7 Millionen auf europäi-

scher Ebenen aus. Damit können wir uns nicht abfinden. Ein sofortiges Verbot der Tierversuche an Affen, also an Primaten, ist deshalb ein notwendiger erster Schritt. Alternativmethoden müssen jetzt dringend forciert werden. Nach Ansicht der Linkspartei.PDS sollten nur die Tierversuche gesetzlich vorgeschrieben und vorgenommen werden, für die im medizinischen oder Chemikalien-Bereich nachweislich keinerlei Alternativen bestehen. Wir unterstützen die Förderung tierversuchsfreier Forschungsverfahren, u.a. durch die vom Bündnis Tierschutz geforderte Umstellung der Prüfkataloge. Auch die Vergabe von öffentlichen Mitteln muss auf dieses Ziel ausgerichtet und die Förderung tierversuchsfreier Forschungsmethoden finanziell besser gestellt werden. Die Linkspartei.PDS wird sich für eine Informationspflicht der Unternehmen über laufende Tierversuche und entsprechende Genehmigungsverfahren einsetzen.

Wichtig ist für uns die Zusammensetzung der Prüfkommisionen, in denen gegenwärtig gemäß der „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des Tierschutzgesetzes“ die TierschutzvertreterInnen lediglich ein Drittel der Sitze beanspruchen können, zu hinterfragen. Es müsste zur Pflicht werden, dass vor diesen Kommissionen die Ergebnisse eines Versuchsverlaufes dargelegt werden. Zudem unterstützt die Linkspartei.PDS Forderungen nach retrospektiver Bewertung der Tierversuche sowie nach einem Aufbau von Datenbanken zur Vermeidung von Doppelversuchen.

Für 100.000 Altchemikalien, die seit 1981 auf dem Markt sind, wird jetzt erst eine Gefährlichkeitsprüfung angeordnet. Das ist an sich schon ein Skandal. In der Prüfverordnung muss ein Vorrang alternativer Methoden verbindlich festgeschrieben werden. Bereits vorliegende Giftigkeitsprüfungen der Industrie müssen dabei offengelegt werden. Damit können Doppelt- und Dreifachversuche vermieden und 45 Millionen Tiere vor dem Tod in Versuchslaboren geschützt werden.

Mittel für eine tierversuchsfreie Forschung sollten im Forschungsetat aufgestockt werden. Sie könnten bei Senkung des Rüstungshaushaltes dort entnommen werden. Allerdings muss auch über eine Verpflichtung der Pharmakonzerne nachgedacht werden.

4. *Würde Ihre Partei betreffend der Schweinehaltung über die EU-Gesetzgebung hinausgehen und den Tieren somit eine Verbesserung ihrer Lebensumstände ermöglichen? Wenn ja, wie würden diese Verbesserungsvorschläge konkret aussehen?*

Antwort: Wir stimmen Ihrer Auffassung zu, dass der art- und verhaltensgerechte Umgang mit Tieren in der Landwirtschaft vorangebracht werden muss. Dies betrifft Haltungszahlen, trittfeste Unterbringungen mit Einspreu und andere Anpassungen der Stalltechnik an die Bedürfnisse der Tiere.

Konkret werden wir im Bereich Agrarpolitik die Schweinehaltungsverordnung mit den landwirtschaftspolitischen SprecherInnen unserer Landtagsfraktionen und mit unserem zuständigen Europaabgeordneten diskutieren und uns dabei zusätzlich externe Fachkompetenz einladen. Daraus sollen parlamentarische Initiativen resultieren.

Wir setzen uns dafür ein, dass unverzüglich die längst überfällige nationale Umsetzung der EU-Schweinehaltungsverordnung erfolgt. Das ist notwendig, um die vor-

handene Verunsicherung der Betriebe und ihre damit verbundene Investitionszurückhaltung zu beenden. Auch ist es erforderlich, dass die Landwirte Unterstützung erhalten, um die Auswirkungen der über die EU-Richtlinie hinausgehenden Anforderungen des deutschen Verordnungsentwurfs besonders bei den baulichen Voraussetzungen (z. B. Platzbedarf für die Gruppenhaltung von Mastschweinen) zu bewältigen. Sollte eine solche Unterstützung nicht finanzierbar sein, kann die EU-Richtlinie nur Eins zu Eins umgesetzt werden. Zugleich müsste dann im Sinne des Tierschutzes und der Verbraucherwünsche stärker auf das Durchsetzen höherer Standards einer tierartengerechten Haltung auf freiwilliger Basis orientiert werden.

5. Wie steht Ihre Partei zur „Pelztierverordnung“ von Frau Ministerin Künast, die im Bundesrat aufgrund „unnötiger Eile“ (!) am 08.07.2005 leider nicht behandelt wurde?

Antwort: Wir werden uns für eine deutliche Verkürzung der im Entwurf vorgesehenen Übergangsfristen von bis zu 10 Jahren einsetzen. Langfristig setzen wir uns für ein Verbot der Pelztierzucht auf nationaler und europäischer Ebene ein und halten ein Verbot der Pelztierzucht für unumgänglich.